

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
der Frauen und Jugendzeitung einschließlich Beirgerlohn monatlich 80 Pf.  
zu Post bezogen vierzehntägl. Nr. 275, unter Kreuzband für Deutschland und  
Ostpreußen M. 5.—. Er scheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Brüderstraße 21, II. Telefon 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Brüderstraße 21. Telefon 1769.  
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Abfertige** werden die Gelehrte Person am 25. Pt. berechnet, bei dreimaliger  
Überholung wird Rabatt gewährt. Vereinssbezüge 20 Pt. Zeitungen müssen  
bis spätestens 11,10 Uhr früh in der Fraktion abgeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 269.

Dresden, Freitag den 20. November 1908.

19. Jahrg.

O + O = O.

Der durch Kaiserliches Vertrauen neu gefestigte Kanzler  
sich nicht nehmen lassen, die Beratung der Reichskanzler  
in eigener Person durch eine „Rede“ zu eröffnen, bei  
er wieder einmal den Beweis erbracht — genau wie bei  
seinen „Interview“ —, daß er Geschriebenes nur unwillig  
zu lesen versteht. Zu der schlecht vorgetragenen und  
benutzten Arbeit seines geheimen Staatskanzlers  
„Se. Durchlaucht“ dann Eigenes hinzugefügt, daß er, einer  
verschiedlichen mecklenburgischen Regierung folgend, dem  
Untersatz des durch Fritz Reuter unsterblich gemachten „Ent-  
zugs Brüder“ zu entnehmen geruhte. Dieser bedeutende  
Joseph hat den liebessinnigen Auspruch getan, daß die Ar-  
beit des Proletariats herrlich, welches Wort sein fürsichtiger  
Kanzler in die staatsräumische Form gehabt, daß wir sehr  
haben, weil wir zuviel ausgaben.

Mit der bekannten Grabesstimme teilte der höchste Ve-  
reins des Reiches den Volksvertretern mit, daß Deutschland —  
ein Vordereinander — über seine Verhältnisse gelebt.  
Nicht aber sei das Vaterland in Gefahr und Pflicht des  
des gütigen Onkels, sei es, für neue Moneten zu  
Schaffen habe ein französisches Wissensblatt höhnend uns  
besser hingestellt, der, eine starke Rüstung am Seine  
pend, nicht einmal des Tages Nahrung und Ruhmung sich  
hoffen könne. (Schade nur, daß die Herrscher nichts aus  
ihren Mitbürgern zu leeren versuchen!) Daraum sei  
der Zeit, doch alle Kreise der Bevölkerung mit ungehemmter  
Wohlthatigkeit tief in die Lenden griffen, um 500  
Millionen Mark jährlich auf dem mit Recht so beliebten Altar  
Vaterlands zu opfern. Und dabei darf auch nicht ganz  
sehen werden, daß bei dieser Gelegenheit einzelne von jenen  
Streitern, die nicht verschleierte Würde haben, lieber in die  
— der anderen, als in ihre eigenen zu greifen; wenn man  
die Sache bei Richter betrachtet, steht ihm die  
sogenannte Finanzreform als eine gigantische Ansplün-  
der breiten Waffen des arbeitenden Volkes dar, die man  
ein paar fälschliche Deflationstheoren aufgeputzt hat. Die  
gleich aufgestellte Befreiung der Wohlhabenden durch eine  
eine Abgabe von großen Ersparnissen oder eine Weinstuer,  
nicht einmal allein die Wohlhabenden trifft und treffen  
ist für die Sache, wenn man sie mit der Brannwirtschaft  
der Tabaksteuer und der Lichtsteuer in Ver-  
gleich setzt.

Dass die Finanzlage des Reiches verzweifelt ist, leugnen  
um so weniger, als mit Sozialdemokraten ja  
seit Jahren der sogenannten Verantwortung  
offiziell eingestiegene Kritiker entgegen-  
standen haben. Wir waren es, die der wilden  
Landwirtschaft, leider vergleichlich, entgegengewirkt, wie  
es, die immer wieder auf die verhangnisvollen Wirkun-  
gen der Rerrichtung des Staats aufmerksam machten, wir  
es, die auf die schlimmsten Wirkungen der indirekten Be-  
wertung des Volles hinwiesen, wie wir waren es, die, unbekannt  
die Verfeindung unserer Gegner, schon vor Jahren  
inneren Zusammenhang zwischen persönlichem Regenten  
und Reichsbankrott aufdeckten. Darauf brauchte sich der neu  
gebürgte Reichskanzler nicht in die Unruhen einer Schilde-  
lung der trostlosen Lage der Finanzen zu stürzen. Wohl aber  
er den Beweis zu erbringen gehabt, daß die von den  
Regierungen vorgelegten Maßnahmen die allein möglichen  
und tatsächlich wirksamen Mittel zu einer Besserung der Zu-  
sammenhang seien. Um diesen Beweis aber redete der „Staatsmann“  
zu kurz.

Und wie! Im Stile des ewigen Quartiers Körden  
scheint gab er der aufdringlichen Welt zu erkennen, mit wie  
einfach volkswirtschaftlichem Verständnis die Welt 1908 reagiert  
ist. Sparen, sparen, sparen, zählen, zählen — das ist  
als Universalkmittel Billow'scher Finanzmechanik. Das Volk  
ist davon, damit es die höheren Steuern bezahlen kann —  
das nicht durchbar einfach! Wer dummen deutschem Michel,  
das regt ihr end denn über die Biersteuer auf! Ihr braucht  
nur einfach nichts zu trinken, dann zahlt ihr ja nichts  
und lebt ihr von Zigaretten? Weg mit dem Glühwurstengel!  
Bein? Ach, Wein ist schädlich; die richtige Erkenntnis hat  
der Wort gebracht. „Wer nicht lebt Wein, Wein, Wein,“ der  
hat kein Geld und wird nicht froh.“ Und so fort mit  
Prosa! Nur eine kleine Frage an den Sparamtsempfohlenen:  
Ist eine Millionenentzündung das leise Knacken, wenn  
aus der Guarenform bricht? Wenn nun das Volk seine  
sozialen Bedürfnisse nicht machen wollte, wahr machen könnte,  
soher fäumen denn da nachher die schriftlich erwiesenen  
Steuergrößen?

Ein Mann, der in der Zeit grossartiger Arbeitslosigkeit  
den Staaten, Gemeinden und Privaten eine Ein-  
schrankung ihres Konsums rät, ist einfach nicht ernst zu  
nehmen. Er versteht nichts von den Dingen, über die er direkt  
und göttessprünglich redet. Man kann doch wetten, daß er die  
Vorlagen nicht einmal gelesen, geschweige denn stu-  
diert hat, mit denen das Volk jetzt gestraft werden soll.

Was Billow aber zu wenig tut, das ist Endow zu viel.  
Nach dem Krieg trat er als neugeborener Schatzkönig auf  
den Plan, mit dem Erfolge, daß ihn der Reichstag nahezu  
einstimmig zum „Schatzkönig“ ernannte. Vier lange Stun-  
den strubelte der erfahrene Kanzler die Volksboten mit Redens-

arten an, die sie in den Begründungen der Vorlagen längst  
schwarz auf weiß nach Hause getragen — bekommen hatten.  
Und das alles auf einen Ton der reformmässigen Unschärfe  
eingestimmt, daß sich jedermann den Schluß erwartet  
müsste: „Aun, meine Herren, nehmen Sie einstimmig und ohne  
Diskussion, in erster, zweiter und dritter Lesung dieses Min-  
nungsgelehrten ein blöd (oder ein Block) an!“ Man kann gewiß  
von einem Manne in der Situation dieses Abkommenstreitenden  
Positionen keine Offenbarungen erwarten: aber Gründe zu  
durchs Behauptungen Sicherungen nur durch Verredungen  
klare Rednung zu durch Phantasieen zu erzeugen, das hört  
auf des Tauer der stärkste Mann nicht aus. So bot der Reichs-  
tag denn auch noch zwei, drei Stunden Endow'scher Rederei  
dasselbe Bild wie der Reichstag: es war nichts mehr zu  
brin!

Bringt man die beiden Neben der „Staatsmänner“ auf  
die knappe Formel, so ergibt sich diese:  $0 + 0 = 0$ . Rechts  
und nochmal nichts gibt wieder nichts.

Wir wollen uns aber nicht darüber tölpeln, daß das  
Schicksal der Vorlagen nicht von den Reden des Minister ab-  
hängt. Warten wir daher ab, was die Parteien morgen  
zu sagen haben werden.

## Verkehrte Welt.

Es ist überhaupt nichts gewesen. Der Reichstag trat in die Ber-  
atung der Reichskanzlerfrage ein, als ob Alten und Grünen  
für dieses Haus zu den Dingen gehörten, an die sich leicht die alten  
Leute nicht mehr erinnern können. Aufsatz bisch es, der Reichskanzler  
werde in Bezug der Sitzung eine kurze Erklärung über seine Amtshand-  
lung abgeben, dann sollte man wissen, er werde die Haupt-  
rede mit einer politischen Rede einleiten, in der auch der neuesten  
Gewississe gebaut werden sollte, aber es geschah nichts von alledem.  
Richtig und gleichzeitig, wie ein Mensch, der sich selber über das, was  
er sagen muß, langsam, reicht sich Bülow seine milden Gemeindpläne  
aneinander, und nur ein singiges Mal während seiner Rede hörte ein  
Schatten der jüngsten Vergangenheit über die Szenen. Wie bauende  
Städtigkeit, sagte der Kanzler und fügte, als sich ein Gewisssein  
auf den Bänken der Volksvertreter erhob, mit lauter Stimme und be-  
kräftigender Handbewegung hinzu: Und Nade, Nade! Nade  
nach außen und im Innern!

Alla, daß ich ein „Forderung des Tages“. Bernhard Bülow  
begreift nicht, worüber sich das Volk aufregen, warum es unruhig sein  
sollte. Verfassungsrechtliche Garanten? Bülow garantiert für alles  
Ministerverantwortlichkeit! Bülow übernimmt die Verantwortung!  
Gemeinsamkeit der Volksrechte? Welches Recht verlangt das Volk nach  
dem sozialen Recht, sich von Bülow replizieren zu lassen?

Die Kuriosität des deutschen Reichsministers entwölft sich immer  
politischer. Das persönliche Regiment begann damit, daß bedeutende  
Männer zu seinen Handlungen degradiert, es endet damit, daß es  
einen gewöhnlichen Handlanger zum Vormund der Krone und zum  
Dämon des Parlaments erholt, einen Handlanger, der von dem, was  
in den letzten acht Jahren geschehen ist, nicht bloß die Verantwortung,  
sondern auch die Schuld trägt, einen Handlanger, dessen lichte Unbe-  
deutungkeit sich über die Schwierigkeiten des Tages mit den kleinsten  
Ausführungsministern hinauswölft und der auf der ganzen Welt keinen  
Reiz findet außer der Bösartigkeit des deutschen Reichstags. Dieser  
Mann hat der öffentlichen Meinung Deutschland erlaubt, ein paar  
Wochen lang zu lärmern, und sie lärmte: er gebietet ihr jetzt, zu  
zweigen, und sie wird zweigen; denn „wie Deutschen“, sagt Heine,  
„sind immer, was uns unter Füßen fehlt“.

So endet auch die obriethlich gesetzte prüfungsvorzeigene Bürger-  
rechte gegen das persönliche Regiment just in dem Augenblick, in dem  
sie für tot hielten werden müssen, wenn es ihr um ihre Sache auch nur  
einen Augenblick ernst gewesen wäre. Kugeln haben regierende  
Herren noch nie ein Parlament ihre Misshandlung  
ausgedroht, als es der Reichskanzler ist, der an  
den Reichstag mit der Summeitung berichtet, die  
Beratung der Finanzvorlage zu beginnen, obne zuvor  
auch nur ein abbliebliches Wort über die Ereig-  
nisse der letzten Seite gehabt zu haben. Der Reichstag hat  
weiter nichts zu tun, als Ruhe zu bewahren und frisches Geld zu  
bereitigen.

Wenn es etwas in der Welt gibt, was die Unserfreienheit des  
Bülowischen Kurfürstens noch übertrifft, so ist es die Ungehorsam, mit  
der sich die Mehrheit des Reichstags ihr unterordnet. Die lastende  
Ruhe und ruhige Sachlichkeit, mit der die Mehrheit mit dieser Regierung  
im gegebenen Augenblick um die Haie des Volkes handelt, bietet das  
abstoßende und empörende Bild eines Parlamentarientum, der sich selbst  
entwickelt.

Ein Reichstag, der eine verschuldeten, bankrotte Regierung mit  
Schimpf und Schwere davonjagen möchte, ist andächtig bereit, eben  
dieser Regierung zum Dank für ihre Votterwirtschaft und zu deren  
Fortsetzung Hunderte Millionen neuer Jahressteuern darzubieten!

## Die Arbeitslosenversicherung.

Es wird uns gefürchtet:

Der Staatssekretär für das Reichsamt des Innern, Herr  
v. Bethmann-Hollweg, sagte am Freitag den 13. November im  
Reichstag bei der Beratung der Interpellationen über Maß-  
nahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, er glaube nicht,  
daß die Schwierigkeiten so überwunden werden könnten, daß  
wir jemals zu einer durch das Reich durchgeföhrten Arbeits-  
losenversicherung kommen werden. Ein Triomphat liegt be-  
familiert: Man soll niemals „niemals“ sagen! Am wenigsten  
sollte das aber ein Minister für Sozialpolitik einer sozial-  
politischen Maßnahme gegenüberstehen, die zur Milderung der  
furchtbaren Geißel unserer heutigen Gesellschaftsordnung, der  
Arbeitslosigkeit, nicht nur vorgeschlagen und theoretisch er-  
örtert, sondern auch bereits praktisch zu einem Teil begonnen  
wird! Wenn Herr v. Bethmann von vornherein nicht an die  
Durchführbarkeit einer Arbeitslosenversicherung glaubt, so setzt  
er sich dadurch dem berechtigten Vorwurf aus, daß ihm der  
Glaube an eine Weiterentwicklung der Sozialpolitik und der  
Wille, auf diese hinauswärts, überhaupt fehlt. Wenn wo ein  
Wille ist, da findet sich auch ein Weg. Und just zu diesem  
Zeit, als Herr v. Bethmann im Reichstage keine sozialpolitische  
Ungläubigkeit bekannte, werden von der Deutschen Arbeitgeber-  
Zeitung die Arten veröffentlicht, die das bantische  
Siaat in innen des Innern als vorausrichtenden  
Kur zur Beschaffung einer nationalen Arbeitslosen-  
versicherung aufgestellt hat und die in einer demnächst  
stattfindenden Konferenz von Vertretern der Industrie, des  
Handels, des Gewerbes, der Arbeiterschaft (Gewerkschaften)  
sowie einigen Landtagsabgeordneten verschiedenste politische  
Parteien zur Beliebung gelangen sollen. Am Gegenrat zum  
deutschen Minister für Sozialpolitik ist also die bairische Re-  
gierung sehr wohl der Meinung, daß die Schwierigkeiten, von  
denen Herr v. Bethmann sprach, überwunden werden können  
und sie betrifft den einzigen richtigen Weg, um zum Ende zu ge-  
langen; sie fordert alle Tagverbindungen zur Mitarbeit auf!

Zweifellos ist die Arbeitslosenversicherung eine sehr  
schwierige Angelegenheit. Allerdings wurde dies bisher mehr unterschaut  
als in der Sozialdemokratie, was die zahlreichen Auseinander-  
setzungen über diese Frage in den sozialdemokratischen Zeitungen  
und Zeitschriften beweisen. Als Wollenduhu im Januar 1902  
in zwei Artikeln der Neuen Zeit eine Reichsarbeitlosenversiche-  
rung empfohlen wurde, wurde dieser Vorschlag innerhalb der Sozial-  
demokratie und der Gewerkschaften heftig bekämpft und teil-  
weise auch als undurchführbar verworfen. Auch der Vorwurf  
lehnte damals eine öffentliche Arbeitslosenversicherung ab und  
Dr. Bruno Böttcher schrieb im Juli 1902 sogar in der Neuen  
Zeitung, die Reichsarbeitlosenversicherung sei keine Forderung,  
gegen welche ... gerade die Elte der Arbeiterschaft, die ge-  
wöhnlich organisierten Arbeiter, ihren Widerstand er-  
heben mühten, weil ihre Gründung, falls so möglich wäre, die  
Entwicklung der beruflichen Organisationen und damit der gesamten Arbeiterschaft  
gefährdet schädigen müßte. Technisch  
trieben damals viele Partei und Gewerkschaftsblätter und  
Wollenduhu's Vorschlag wurde ja ziemlich allgemein verworfen.  
Das war noch vor sieben Jahren auch gar nicht anders zu  
erwarten und Wollenduhu's Plan bot auch keinen ganzhaften  
Weg, wie überhaupt eine theoretische Erörterung keine Grund-  
lage für ein sozialpolitisches Werk liefern kann. So sollte  
z. B. nach dem Vorschlag von Wollenduhu in der Regel ein  
Arbeiter dann berechtigt sein, die Unterstützung zu beziehen,  
wenn er entlassen wurde, model Wollenduhu jedoch forderte,  
daß allenfalls diejenigen ausgezahlt werden können, welche  
die Entlassung durch großes Vertrudelde herbeigeführt  
haben. Dafür sollten aber auch lokale Arbeiter an der Unter-  
stützung teilnehmen, welche zwar selbst gefunden zu seien, aber  
für die Ausbildung einen wichtigen Grund zu sein. Nur  
missbräuchliche Anwendung dieser Schätzungen auszu-  
schließen, wollte Wollenduhu die Entscheidung in einzelnen  
Haile Gerichten nach Art der Gewerkschaftsordnungen  
treffen. Solche Verhältnisse sind natürlich unrealisierbar, nie überhaupt  
Sozialgesetze nicht aus dem Hause erlassen werden können und  
Borchardt hatte recht, wenn er damals hörte: „Nebenrum  
darf man nicht glauben, daß eine so weitreichende sozialpoliti-  
sche Maßregel wie die Anerkennung des Rechts auf monatlich  
würdiges Existenz — das aber stellt eine außerordentliche Arbeits-  
losenunterstützung gegenüber der bisherigen Armutunter-  
stützung dar — plötzlich durch die Gesetzgebung geschaffen wer-  
den kann: eine ganz unerlässliche Vorbereitung dazu ist doch,  
dass die Arbeiterklasse, welche dieses Recht erhalten soll, selbst  
bereits in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung so weit gekommen  
ist, daß sie die notwendigen Institutionen gefunden hat, an  
welche die Weiterentwicklung anknüpfen kann. Nun und  
immer kann die Gesetzgebung eine wirtschaftliche Entwicklung  
schaffen: sie kann nur einer schon vorhandenen Entwicklung  
hindernd aus dem Wege räumen, ihr künftiges Gedanken  
selbständigt noch nicht Dagegen will, ist sie hier  
Unzuträglichkeit verurteilt.“ Das haben auch wir bestet  
jetzt. Heute liegen aber die Entwicklung  
keine einer allgemeinen Arbeits-  
losenversicherung bereits klar auf, so  
dass die Gesetzgebung sehr wohl aufnäpfen  
kann, wenn sie nur will!